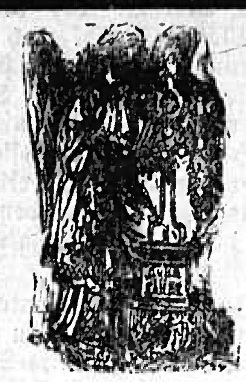

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt machen wir teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, dass meine inniggeliebte Gattin, unsere Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Therese Clorer geb. Thoma

nach langem, schweren Leiden, mit den heiligen Sterbesakramenten versehen, im Alter von 29 Jahren heute Nacht um 1 Uhr in ein besseres Jenseits abgerufen wurde.

Emmendingen, den 7. Mai 1919.

In tiefer Trauer zur gefälligen Kenntnisnahme:

Fr. W. Georg Clorer
Familie Titus Thoma, Bleibach
Familie Wilhelm Clorer und Enkel, Freiburg i. B.

3035

Die Ueberführung findet Freitag, den 9. Mai 1919, vormittags 10¼ Uhr, Goetheplatz 2, die Beerdigung in Bleibach um 4 Uhr nachmittags statt.

Bekanntmachung.

Brennholzversorgung betr.

Die Ausgabe der Loszettel des bei der Stadtgemeinde bestellten Brennholzes findet in nachstehender Buchstabenreihenfolge statt:

Montag, den 12. Mai	Buchstabe A	bis mit E
Dienstag, den 13. Mai	„ F	„ „ K
Mittwoch, den 14. Mai	„ L	„ „ S
Donnerstag, den 15. Mai	„ St	„ „ Z

Die Loszettel werden durch die Stadtkasse während den Kassenstunden vorm. 8—12 Uhr und nachm. 2—4 Uhr und nur gegen Barzahlung oder solide Bürgschaft abgegeben.

Der Höchstpreis für ein Ster erstklassiges Brennscheitholz beträgt . . . . Mk. 19.— und ist je nach Qualitätsunterschied abgestuft.

Emmendingen, den 5. Mai 1919. 207

Das Bürgermeisteramt:
J. V.: Dürr.

Bekanntmachung.

Die Stadtgemeinde Emmendingen läßt am 212
Montag, d. 12. d. Mts., vormittags 11 Uhr
im Rathause
die Beifuhr v. ca. 220 Ster Magazinholz
vom Stadtwald nach dem städt. Magazin, öffentlich versteigern.

Emmendingen, den 7. Mai 1919.

Das Bürgermeisteramt:
Rehm.

Freiwillige Grundstücksversteigerung.

Auf Antrag der Erben der **Georg Jakob Siegrist, Briefträgers Eheleute in Emmendingen** wird das unten beschriebene Grundstück der Gemarkung Emmendingen am

Freitag, den 16. Mai, nachmittags 2 Uhr

im Amtszimmer des Notariats I (Amtsgerichtsgebäude Zimmer Nr. 18) einer öffentlichen freiwilligen Versteigerung ausgesetzt, wobei der Zuschlag erteilt wird, wenn mindestens der Schätzungspreis geboten wird. 2848

Beschreibung des Grundstücks:

Lgb. Nr. 192, 0 a 43 qm Hofraite im Ortsetter.
Hierauf steht ein zweistöckiges Wohnhaus mit Balkenkeller.
Anschlag 1900 Mk.

Emmendingen, den 30. April 1919.

Bad. Notariat I.

Wirtschafts-Verkauf.

Heinrich Siegel Eheleute in Wolfenweiler lassen am **Montag, den 12. Mai ds. Js., vormittags ½11 Uhr** durch das Grundbuchamt daselbst das Anwesen

„Gasthaus zur Post“

mit 13 ar 19 qm Hofraite und Hausgarten öffentlich versteigern.

Das Anwesen eignet sich auch für andere Betriebe, da bereits noch neu, geräumig und unmittelbar an der Station Schallstadt gelegen. Die Bedingungen können jederzeit beim Grundbuchamt Wolfenweiler eingesehen werden. 3034

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt machen wir Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, dass wir nach langem Harren von einem Kameraden aus englischer Gefangenschaft die schmerzliche Nachricht erhielten, dass mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel

Krankenträger

Gustav Ehrler

11. Komp. Res.-Inft.-Regt. Nr. 248
ausgezeichnet mit der Württembergischen Tapferkeits-Medaille

am 8. August 1918 bei Albert im Alter von 27½ Jahren den Heldentod fürs Vaterland erlitten hat.

In tiefer Trauer:

Frau J. G. Ehrler Wtw.
Karl Scherer und Frau, Heilanstalt.
Fritz Ehrler und Familie.
Karl Ehrler, Spokan, Amerika.
Eduard Ehrler und Familie, Ferni, Amerika.
Friederike Ehrl r, Heilanstalt.

Teningen, den 8. Mai 1919.

Die Gedächtnisfeier für den Gefallenen findet am Sonntag, 11. Mai, nachmittags 1½ Uhr in der hiesigen Kirche statt. 3039

Die Beleidigung, die ich mir gegen Herrn Lehrer Meinzer zu schulden kommen ließ, nehme ich reuevoll zurück. 3088

Frau J. Bühler,
Ottoschwanden.

Gefunden

eine **Kindermütze** (rote Seide).
Abzuholen gegen Einrückungsgebühr 3040
Hochburgerstr. 14.

Empfehle:

Getr. Steinpilze Ia Qual.
Wormser Traubensaft
Blutreinigungstee
Frauenmanteltee
Hagebutten (Kernlestee)
Pfefferminztee
Fumaria-Teintee
Nerventee, Birkenblättertee
Brusttee, Süssholz
Sultaninen, Biostah
Ohsena- Fleischextrakt- Ersatz

Für Bäder:

Fichtennadelbad
Pinofluoltabletten
Brennesselhaarwasser
Vasenolpuder 2709

Reform-Haus Jungbrunnen
Josef Stollberg
Freiburg i. Br. Salzstr. 15
Telefon 336.

Turn-Verein Emmendingen.

Nachruf.

Nach längerem Leiden entschlief heute unsere liebe Turnerin

Fräulein Lina Binder

Lange Jahre hindurch gehörte sie als tätiges Mitglied der Damenriege an und war stets eine treue Anhängerin der deutschen Turnsache und des Turnvereins. Ihr Dahinscheiden bedeutet für die Damenriege ein schmerzlicher Verlust. Ein ehrendes Andenken bleibt ihr stets gesichert.

Emmendingen, den 7. Mai 1919. 3087

Der Turnrat.

Geld auch größere Beträge verleiht 2551
Ad. Fritz, Hamburg 24.
Tüchtige Vermittler gesucht.

Privatstunden

in 2968
Französisch, Englisch u. Italienisch
(Auslandspraxis: Paris, London, Mailand)
Konversation, Grammatik, Lektüre, Handelskorrespondenz. — Auch Nachhilfestunden.
E. Grosser, Freiburg, Adelhauserstr. 4, part.

Suchen Sie Stellung?

als: Handwerker, Knecht, Landwirt, Arbeiter, Hausbursche, Dienstmädchen, Köchin, Zimmermädchen, Kindermädchen, Monatsfrau, Laufmädchen usw.; dann bestellen Sie eine kleine Anzeige für die im ganzen Amtsbezirk Emmendingen und in den angrenzenden Bezirken stark verbreiteten „Breisgauer Nachrichten“.

Kauft bei unseren Inserenten!

D • U • X AUTOMOBILE

Die führende Marke

Personenwagen Lieferwagen Lastwagen Omnibusse
Dux-Automobil-Werke A.-G., Leipzig-Wahren
Generalvertretung:
Süddeutscher Automobil- u. Fahrrad-Vertrieb
Zähringerstrasse 325 Freiburg-Zähringen Fernsprecher Nr. 774

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 3.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 8 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 107 (Evang.: Hiob) Emmendingen, Freitag, 9. Mai 1919. (Kath.: Gregor Naz.) 54. Jahrgang

Aufruf an das deutsche Volk.

WTB. **Berlin**, 8. Mai. Der Reichspräsident und die Reichsregierung wenden sich mit folgendem

Aufruf an das deutsche Volk:

Der ehrliche Friedenswille unseres schwer duldenden Volkes fand die erste Antwort in den ungemein harten Waffenstillstandsbedingungen. Das deutsche Volk hat die Waffen niedergelegt und alle Verpflichtungen des Waffenstillstandes, so schwer sie auch waren, ehrlich gehalten. Trotzdem setzten unsere Gegner sechs Monate lang den Krieg durch Aufrechterhaltung der Hungerblockade fort. Das deutsche Volk trug alle Lasten im Vertrauen auf die durch die Note vom 5. November von den Alliierten gegebene Zusage, daß der Friede ein Friede des Rechts auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons sein würde. Was uns statt dessen in den Friedensbedingungen geboten wird, widerspricht der gegebenen Zusage, ist für das deutsche Volk unerträglich und auch bei Aufbietung aller Kräfte unerfüllbar.

Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volk angetan werden. Aus solch aufgezwungenem Frieden müßte neuer Haß zwischen den Völkern und im Verlaufe der Geschichte neues Morden erwachsen. Die Welt müßte jede Hoffnung auf einen die Völker befreienden und heilenden, den Frieden sichernden Völkerbund begraben.

Zerstückelung und Zerreißung des deutschen Volkes, Auslieferung der deutschen Arbeiterschaft an den fremden Kapitalismus zu menschenunwürdiger Lohnsklaverei, dauernde Fesselung der jungen deutschen Republik durch den Imperialismus der Entente ist das Ziel dieses Gewaltfriedens.

Die deutsche Volksregierung wird den Friedensvorschlag der Vergewaltigung mit einem Vorschlag des Friedens des Rechts auf der Grundlage eines dauernden Völkerfriedens beantworten. Die tiefe Erregung, die alle deutschen Volkskreise ergriffen hat, legt Zeugnis dafür ab, daß die deutsche Regierung den geschlossenen Willen des Volkes zum Ausdruck bringt.

Die deutsche Regierung wird alle Kräfte anspannen, um für das deutsche Volk dieselbe nationale Einheit und Unabhängigkeit und dieselbe Freiheit der Arbeit in Wirtschaft und Kultur zu erringen, welche die Alliierten allen Völkern Europas geben wollen, nur unserem Volke nicht.

Unser Volk muß sich durch eigenes Handeln retten. Angesichts dieser Gefahr der Versklavung müssen das deutsche Volk und seine von ihm selbst gewählte Regierung zusammenstehen ohne Unterschied der Partei. Möge Deutschland sich zusammenschließen in dem einmütigen Willen, das deutsche Volkstum und die gewonnene Freiheit zu bewahren. Jeder Gedanke, der ganze Wille der Nation, gehören jetzt der Arbeit für Erhaltung und Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes.

Die Regierung ruft alle Volksgenossen auf, in dieser schweren Stunde mit ihr auszuharren im wechselseitigen Vertrauen auf dem Wege der Pflicht und im Glauben an den Sieg der Vernunft und des Rechts.

gez. Der Reichspräsident: Ebert.

Die Reichsregierung: Scheidemann, Dernburg, Bauer, Bell, David, Erzberger, Gothein, Noske, Preuß, Wissel, Schmidt.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. Berlin, 8. Mai. Der Friedensausschuß der Nationalversammlung war zu gestern nachmittag 5 Uhr zusammenberufen, um zum Friedensvertrag die Ansicht der Regierung zu hören. In einleitenden Bemerkungen kennzeichnete Präsident Fehrenbach den Vertrag als den Beginn der Versklavung Deutschlands, wenn wirklich alles, was gefordert werde, zur vertraglichen Tatsache werden sollte. Es sei unbegreiflich, wie Wilson nach seinen Versprechungen es überhaupt über sich bringen konnte, bei Ueberreichung dieses Friedenswerkes zugegen zu sein. Ministerpräsident Scheidemann konnte für die Regierung eine Stellungnahme noch nicht bekanntgeben, da große Teile des Vertrags noch nicht eingetroffen seien. Auch er bezeichnete den Friedensvertrag als die tiefste Stufe des deutschen Niederganges. Er zog Vergleiche zwischen den Grundsätzen Wilsons, die zur Grundlage des Friedenswerkes gemacht werden sollten, und den Bedingungen, die tatsächlich herausgekommen seien. Das ganze Werk sei nichts anderes als ein befristetes Todesurteil. Immerhin könnte er schon sagen, daß die Delegation beauftragt worden sei, in diesem Sinne Vorstellungen auf der Friedenskonferenz zu erheben und um mündliche Verhandlungen nachzusuchen. Nicht auf dem Wege des Abhandelns und Schacherns könne eine Erleichterung geschaffen werden, sondern auf dem Wege der Verhandlungen und auf der Basis der Vernunft und des gegenseitigen Verständnisses. Seitens der Parteien erklärte sich Präsident Fehrenbach mit dem eingeschlagenen Vorgehen der Regierung einverstanden und teilte weiter mit, daß auf einmütigen Wunsch die Nationalversammlung auf kommenden Montag nachm. 3 Uhr einberufen werde.

WTB. **Berlin**, 8. Mai. Der Präsident des Reichsministeriums hat an die Regierungen der deutschen Freistaaten folgendes Telegramm erlassen: In schwerer Not und sorgenbelastet hat das deutsche Volk in den Monaten des Waffenstillstandes den Friedensbedingungen entgegengeharrt. Mit ihrer Bekanntgabe ist bitterste Enttäuschung und unsägliche Trauer über das ganze Volk gekommen. Diesen Gefühlen aller Deutschen wird offen Ausdruck zu geben sein. Auf Beschluß der Reichsregierung werden die Regierungen der Freistaaten ersucht, zu veranlassen, daß für die Dauer einer Woche alle öffentlichen Lustbarkeiten unterbleiben und in den Theatern nur solche Darstellungen zur Aufführung gelangen, die dem Ernste dieser schwersten Zeit entsprechen.

Berlin, 8. Mai. Wie der Lokalanzeiger hört, ist an die Alliierten eine Note abgegangen, in der verlangt wird, daß die deutschen Kriegsgefangenen, da nunmehr die Friedensverhandlungen begonnen haben, sofort freigelassen werden. Der Friedensvertrag sieht vor, daß die Gefangenen erst nach der Ratifizierung freigelassen werden.

Pressestimmen zum Friedensvertrag.

Berlin, 8. Mai. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Ententemächte, vor allem Amerika, das, besonders salbungsvoll durch Wilsons Mund, die schonenden Phrasen von Gerechtigkeit, Dauerfrieden, Völkerversöhnung usw. verkündete, haben nun auch offiziell die Maske vom Gesicht fallen lassen. Einen Rechtsfrieden auf Grund der 14 Punkte Wilsons wollte man mit uns schließen. Die Welt, die einst die Hoffnung auf eine versöhnliche Zukunft schöpfte, wird nun bitter enttäuscht sein. Innerlich lehnen wir diesen Frieden entschieden ab, und in diesem Gefühl wissen wir uns eins mit dem internationalen Proletariat, das jüngst erst in Amsterdam erklärte, gegen einen Gewaltfrieden den Kampf aufnehmen zu wollen.

Auch das Blatt der Unabhängigen, die „Freiheit“, betont den schroffen Gegensatz in diesen Friedensbedingungen zu den Wilsonschen Punkten. Wird der künftige Frieden auf diesem Kompromiß zwischen dem demokratischen Pazifismus und dem noch immer lebenskräftigen Imperialismus der Westmächte aufgebaut, so wird er keine Versöhnung und Verbrüderung der Völker herbeiführen. Deshalb wird keine proletarische Partei diesen Frieden abschließen können. Weder der deutsche Arbeiter noch der englische oder französische wird in diesen Bedingungen auch nur eine teilweise Erfüllung seiner Forderungen sehen. Das Blatt schließt mit der Hoffnung, daß die internationale Arbeiterschaft mit vereinter Kraft einen wahren Frieden auf sozialistischer Grundlage schaffen wird.

Das „Berliner Tageblatt“ setzt über die Besprechung der Friedensbedingungen das eine Wort „Nein“. Das Blatt unterstreicht, daß nicht eine Spur von staatsmännischer Ueberlegung oder gar von den Grundsätzen Wilsons in ihnen erkennbar ist.

Auch in den Ausführungen der anderen Blätter aller Parteien kommt der Satz zum Ausdruck, daß dieser Entwurf des Friedensvertrages eine ungeheure moralische Niederlage Wilsons bedeutet, wenn es ihm mit seinen Grundsätzen in den letzten Jahren auch nur ein wenig ernst gewesen ist. „Germania“ erklärt, daß dieser Entwurf mit Verständigung und Versöhnung unvereinbar ist.

Der „Lokalanzeiger“ überschreibt seine Besprechung: „Finis Germaniae“. Das Blatt stellt fest, daß kein einziger der 14 Punkte Wilsons, zu denen sich beide Parteien bei Abschluß des Waffenstillstandes verpflichteten, unverletzt ist. Was dieser einst von Völkerversöhnung und Völkerbund, von Selbstbestimmungsrecht und Verteilung der Kolonien redete, ist eitel Lüge. Der Wortlaut des Friedensvertrages ist ein Hohn auf jene klingenden Redensarten.

Die „Tägliche Rundschau“ sieht in den Bedingungen nur einen Versklavungsfrieden, der den Krieg mit anderen Mitteln, aber in derselben Weise wie vorher fortsetzt und das deutsche Volk noch auf Jahrzehnte hinaus niederdrückt und seine Wiedergenesung und Wiederaufrichtung dauernd verhindert. Unsere Feinde wollen den Krieg verewigen. Ihre Bedingungen sind unerfüllbar und unmöglich.

Die „Post“ verweigert dem überreichten Entwurf die Bezeichnung „Friedensvertrag“, weil es keine Uebereinkunft sei zwischen den europäischen Mächten, sondern eine Erpressung und Demütigung, die neuen Haß wecken und künftige Kriege einleiten müsse.

Ueber die Haltung der Parteien

gegenüber den Friedensbedingungen sagt der Lokalanzeiger: Die Erregung sämtlicher Parteien spiegelt sich auch in der gestrigen Sitzung des Friedensausschusses wieder, und man hatte sofort den Eindruck, daß die übermittelten Friedensbedingungen in der vorliegenden Form unannehmbar sind.

Die „Volkszeitung“ hebt hervor, daß die Zustimmung der beiden führenden unabhängigen Mitglieder beweise, daß die unabhängige „Freiheit“ alleinstehe, wenn sie gestern die große Ueberschrift brachte: „Wir müssen unterschreiben.“

In der Sitzung der demokratischen Fraktion der preußischen Landesversammlung, die im Beisein einer größeren Zahl von Mitgliedern der deutschen Nationalversammlungsfraktion stattfand, war man sich vollkommen einig, daß für die demokratische Partei die Friedensvorschläge in der vorgelegten Form unannehmbar erscheinen.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Es wird in den nächsten Tagen ein Appell an die demokratischen Wähler ergehen, auch hören wir, daß zwischen den Parteien des Regierungsblockes und dem Kabinett Verhandlungen schweben, von denen zu hoffen ist, daß sie zu bestimmt formulierten Gegenvorschlägen führen werden.

In der „Morgenpost“ wird die Frage gestellt: Wo ist Wilson? Dann heißt es: In seiner Rede in Baltimore hat Wilson gesagt, etwas anderes als leidenschaftslose, unparteiische Gerechtigkeit gegenüber Deutschland hieße die amerikanische Sache entehren. Die amerikanische Sache ist in bitterster Gefahr, entehrt zu werden.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird ausgeführt, daß Ministerpräsident Hirsch den von der Entente uns angebotenen Frieden als ausgesprochenen Machtfrieden und als unverhüllte Sklaverei bezeichnet hat. Er werde auch vom Rechtsstandpunkt aus nicht anders zu charakterisieren sein. Je härter der Druck auf uns lastet, um so stärker wird der Gegendruck sein.

Auszug aus dem Friedensvertrag nach Havas.

(Fortsetzung.)

Betreffs **Belgien** sind folgende Bestimmungen getroffen worden: Der Vertrag von 1891 wird aufgehoben und kann ersetzt werden durch Abkommen zwischen Belgien und den Niederlanden und den alliierten und associierten Mächten. Deutschland verpflichtet sich, diese Abkommen anzuerkennen.

Betreffs **Luxemburg** wird bestimmt: Deutschland verzichtet auf die Vorteile aus allen Verträgen mit Luxemburg und anerkennt, daß das Großherzogtum aufgehört hat, ein Bestandteil des Zollvereins zu sein. Es verzichtet auf alle seine Rechte auf die Ausbeutung der Eisenbahnen, stimmt der Aufhebung der Neutralität des Großherzogtums zu und nimmt die internationale Vereinbarung an, die von den alliierten und associierten Mächten mit Rücksicht auf diese Lage getroffen werden.

Die Bestimmungen betreffend das **Saarbecken** sagen: Das Saarbecken, über das Deutschland seine Hoheitsrechte an den Völkerbund abtritt, schließt die Kreise Saarlouis, Saarbrücken, Ottweiler, St. Ingbert, einen Teil des Kreises Merzig, St. Wendel, Homburg, sowie Zweibrücken ein; seine Fläche beträgt 161 Hektar, seine Bevölkerung 647 000 Seelen. Die Abtretung der Minen des fraglichen Gebietes erstreckt sich auf alle Minenwerkommnisse, konzessionierte oder nicht, für alle ihre Zubehörden und Einrichtungen sowohl über Land wie unter der Erde, umfaßt auch sämtliche elektrischen Zentralen, die Häuser der Angestellten und Arbeiter usw. Die Arbeiter und Beamten haben alle Rechte, die in Deutschland bis zum 11. November 1918 in Kraft gewesen sind; diejenigen, die französischer Nationalität sind, können den französischen Gewerkschaften angehören. Der französische Staat wird für den lokalen Konsum des Gebietes ein Quantum Kohle ausscheiden, das das Erfordernis des Jahres 1913 nicht übersteigt. Die Regierung über das Saarbecken wird einer Kommission von 5 Mitgliedern anvertraut, die vom Rate des Völkerbundes ernannt werden, und zwar ein französisches Mitglied, ein nichtfranzösisches Mitglied, das aber im Saargebiet heimatberechtigt ist und dort wohnt, und drei Mitglieder, die anderen Ländern als Frankreich oder Deutschland angehören. Der Präsident der Kommission, der aus diesen fünf Mitgliedern vom Rate des Völkerbundes bestimmt wird, ist das ausführende Organ dieser Organisation. Die Bewohner behalten ihre Nationalität; die aber, die eine andere zu erwerben wünschen, können das tun, ohne irgend etwas von ihren Rechten einzubüßen. Es wird kein Militärdienst aufrechterhalten, noch wird es Festungen geben, noch soll eine lokale Gendarmerie organisiert werden. Nach Ablauf von 15 Jahren werden alle Bewohner, die das Gebiet bei Unterzeichnung des Vertrages bewohnt haben, über das endgültige Regime abstimmen. Sie werden zu wählen haben zwischen der Beibehaltung des obenerwähnten Regimes, einer Vereinbarung mit Frankreich oder einer Vereinigung mit Deutschland.

Betreffend **Elsaß-Lothringen** werden die Frankreich im Jahre 1871 entrissenen Gebiete der Souveränität Frankreichs wieder unterstellt. Deutschland wird Frankreich alle Verwaltungsdokumente, Archive usw., die auf dieses Gebiet Bezug haben, zurückgeben. Die elsaß-lothringischen Gebiete werden frei von jeder Last an Frankreich zurückfallen. Die Güter des Reiches, der deutschen Staaten, der Krone und der ehemaligen Herrscher werden Frankreich ohne Entschädigung zugewiesen. Es

wird kein Unterschied gemacht zwischen den wieder zurückkehrenden Bewohnern mit vollem Rechte und den Elsaß-Lothringern, die ihr französisches Bürgerrecht im Jahre 1871 verloren haben, und ihren Nachkommen und denen, die um das französische Bürgerrecht binnen Jahresfrist sich bewerben können. Was die Privatgüter anbetrifft, behält sich Frankreich vor, diejenigen der deutschen Angehörigen zu liquidieren, wobei Deutschland die Besitzer zu entschädigen hat. Frankreich wird die Elsässer in den Besitz aller ihrer im Deutschland befindlichen Güter und Interessen einsetzen. Die deutsche Regierung wird die Zivil- und Militärpensionen übernehmen, die am 11. November dem Betreffenden zustanden. Die Rheinbrücken werden französisches Eigentum. Der Hafen von Kehl und der Hafen von Straßburg werden in eine einzige Organisation verschmolzen mit einem französischen Direktor unter der Kontrolle der Zentral-Rhein-kommission während einer Periode von 7 Jahren, die von der genannten Kommission verlängert werden kann. Alle Rechte bezüglich der Eisenbahnen des elsaß-lothringischen Netzes gehen ohne Bezahlung auf Frankreich über. Die elsaß-lothringischen Produkte werden während 5 Jahren gebührenfrei nach Deutschland eingeführt werden können. Die Lieferung elektrischer Energie durch die Werke des rechten Ufers wird 10 Jahre lang fortgesetzt. Deutschland verzichtet auf jede Bestimmung, die eine Intervention im Kalibandel vorsieht.

Betreffend Deutsch-Oesterreich erkennt Deutschland an und achtet vollkommen die Unabhängigkeit Oesterreichs in den durch den gegenwärtigen Vertrag festgesetzten Grenzen. Diese Unabhängigkeit bleibt unveränderlich, ausgenommen eine Zustimmung durch den Völkerbund.

Zugunsten Polens verzichtet Deutschland auf die durch das Baltische Meer, die polnische Westgrenze, die ehemalige österreichisch-deutsche und russisch-deutsche bis zur Memel gehende Grenze begrenzten Gebiete. (Diese findet keine Anwendung auf Ostpreußen und die freie Stadt Danzig.) Die Bildung der freien Stadt Danzig wird im Einvernehmen mit einem Oberkommissär des Völkerbundes durch die Vertretung der Stadt ausgearbeitet werden und die freie Stadt wird unter die Garantie des Völkerbundes gestellt. Polen soll die freie Benutzung der Wasserwege, der Docks, aller Hafenanlagen usw., die für den Import notwendig sind, erhalten. Polen wird ferner die Verwaltung der Weichsel und des Eisenbahnnetzes von Danzig erhalten sowie die Verwaltung der Post, des Telegraphen und Telephon zwischen Polen und Danzig. — Die deutsch-dänische Grenze wird gemäß den Forderungen der Bevölkerung festgesetzt. Es wird eine Volksabstimmung vorgenommen. Die Befestigungswerke und militärischen Einrichtungen von Helgoland werden unter der Kontrolle der Alliierten durch Deutschland und auf Kosten Deutschlands geschleift.

Deutschland nimmt die Annullierung des Brest-Litowsker Vertrages an und aller Verträge und Abkommen, welcher Natur sie auch sein mögen, die von Deutschland mit der maximalistischen Regierung geschlossen wurden. Die alliierten und assoziierten Regierungen behalten sich formell alle Rechte Rußlands vor, von Deutschland alle Wiedergutmachungen und Entschädigungen gemäß den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages zu verlangen.

Deutschland verzichtet auf alle seine Rechte und Titel in überseeischen Besitzungen zugunsten der Hauptmächte. Alle beweglichen und unbeweglichen Rechte, die in diesen Gebieten dem Deutschen Reich gehören, gehen an jene Regierungen über, die die Herrschaft über diese Gebiete ausüben werden. Deutschland verzichtet auf alle Rechte, die aus den Verträgen mit Frankreich vom 5. November 1911 und vom 28. September 1912 stammen. Deutschland verzichtet ferner auf alle Rechte, Titel und Privilegien, die zu seinem Vorteil aus der Algecirasakte und aus dem deutsch-französischen Abkommen vom 9. Februar 1909 und 4. November 1911 herrühren. Alle von ihm mit dem Scherifischen Reich geschlossenen Verträge gelten als aufgehoben. Deutschland erkennt das englische Protektorat über Aegypten an und verzichtet in Aegypten auf die Kapitulation. Deutschland verzichtet zugunsten Japans auf alle seine Rechte aus dem Vertrag mit China vom 6. März 1898 und auf alle anderen Akte der Provinz Schantung, namentlich hinsichtlich Kiautschous, der Eisenbahn en, Bergwerke und überseeischen Kabel.

Binnen einer Frist von zwei Monaten soll die deutsche Armee demobilisiert und auf den Bestand von 100 000 Mann, Offizier-Depots inbegriffen, reduziert sein. Der Effektivstand des Personals der Verwaltungszweige, der Gendarmerie und der Polizei sind begrenzt. Der große deutsche Generalstab und alle ähnlichen Formationen sind aufzulösen. Das darf überzählige Kriegsmaterial, das das zugestandene Maximum übersteigt, muß ausgeliefert werden. Die Armee rekrutiert sich aus Freiwilligen, die für eine Dauer von 12 Jahren für die Mannschaften und von 25 Jahren für die Offiziere verpflichten. Jede Festung und jede Bereitstellung von Material, die geeignet sind zur Mobilisation, sind für die deutschen Gebiete, die westlich einer Linie 50 Kilometer östlich des Rheines liegen, verboten. Sie werden entwaffnet, geschleift oder zerstört, und zwar innerhalb dreier Monate. Deutschland wird in dieser Zone keine bewaffnete Macht unterhalten und keine militärischen Manöver ausführen.

Nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten darf die deutsche Flotte nicht mehr als 6 Schlachtschiffe, 6 leichte Kreuzer, 12 Zerstörer und 12 Torpedoboote zählen, keine U-Boote und keine Landes-Tauchboote. Effektivbestand einschließlich der Offiziere 15 000 Mann aus Freiwilligen. Alle Kriegsschiffe unter und über dem Wasser, alles Kriegsmaterial, das über die Bestimmungen hinausgeht, sollen ausgeliefert werden. Im Bau befindliche Kriegsschiffe werden zerstört, Kreuzer und Hilfskreuzer entwaffnet oder für den Handel dienstbar gemacht.

Der freie Zugang zum Baltischen Meer soll international gesichert werden durch Aufsuchung der Minen und Schließung der Festungen, die den Zugang bedrohen. — In einem Bereiche von 50 Kilometer östlich des Rheines, von 150 Kilometer westlich der Ostgrenze und nördlich der deutschen Südgrenze sollen keine Flugplätze und kein Hangard für Luftschiffe vorhanden sein. Die alliierten Flieger haben das Recht, in Deutschland Flüge, Landungen und Ueberfliegungen vorzunehmen. Alles Material von Land- u. Seeflugzeugen soll ausgeliefert werden.

Innerhalb dreier Monate hat Deutschland seine Gesetzgebung mit den vorstehenden Bestimmungen in Uebereinstimmung zu bringen.

Die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen werden unter der Fürsorge und auf die Kosten der deutschen Regierung sobald wie möglich heimgeschafft werden, diejenigen ausgenommen, die seit 1. Mai 1919 wegen disziplinarischer Vergehen verurteilt wurden. Die Heimschaffung kann übrigens hingehalten werden, bis allfällig noch in Deutschland befindliche Gefangene oder Angehörige der Alliierten heimgeschafft sind.

Wilhelm II. wird wegen schwersten Vergehens gegen die internationale Moral und gegen die Heiligkeit der Verträge in den öffentlichen Anklagezustand versetzt. Ein Sondergericht, bestehend aus fünf Richtern, die von den hauptsächlichsten Mächten ernannt werden, wird über ihn aburteilen. Diejenigen, die ungesetzlicher Handlungen oder solcher Handlungen angeklagt sind, die wider die Kriegsgebräuche verstoßen, werden vor Kriegsgerichte der alliierten Mächte gestellt werden. Deutschland verpflichtet sich, die Angeklagten auszuliefern.

(Schluß folgt.)

Sonstige Meldungen.

Berlin, 9. Mai. Der deutsche Volksrat für Westpreußen veröffentlicht laut „Berliner Tageblatt“ eine Kundgebung, worin es heißt: Die schon seit langem hochgehende Erregung ist durch die drohende Gefahr auf den Gipfelpunkt gestiegen, und die finstere Entschlossenheit, unter keinen Umständen die Vergewaltigung hinzunehmen, ist so allgemein, daß mit einem leidenschaftlichen Ausbruch gerechnet werden muß.

WTB. **Berlin**, 7. Mai. Die preußische Staatsregierung hat sich dem polnischen Obersten Volksrat gegenüber bereit erklärt, in unmittelbare Verhandlungen mit den Polen über die Frage der gegenseitigen Freigabe von Geiseln, Internierten und Gefangenen einzutreten. Sie hat das preußische Ministerium des Aeußern und das Kriegsministerium beauftragt, diese Verhandlungen mit den Polen zu führen. Wie wir hören, ist seitens dieser beiden Ministerien an den polnischen Obersten Volksrat eine Einladung zur Aufnahme dieser Verhandlungen am 8. oder 9. Mai ergangen.

WTB. **Kattowitz**, 7. Mai. Der kleine Lohnstreik auf der Eintracht-Hütte dauert noch weiter an. Gestern nachmittag ist ebenfalls wegen Lohnstreitigkeiten die kleine Prinzengrube im Pleßer Bezirk in den Ausstand getreten. Auch dieser Streik ist lediglich ein Lohnstreik, der in kürzester Zeit ebenso wie der auf der Eintracht-Hütte beigelegt sein dürfte. Er hat mit sparta-kistischen Putschversuchen keine Verbindung, sodaß trotz dieser beiden Arbeitseinstellungen die April- und Mai-Unruhen in Oberschlesien als abgeschlossen gelten können. — Auf der Friedensgrube und Hedwig Wunsch-Grube arbeitet die Belegschaft bisher ohne Betriebsbeamte. Es sind Schritte unternommen, um bald wieder geordnete Zustände zu schaffen. — Der Staatskommissar hat übrigens die Landgerichte Beuthen und Gleiwitz auf die auf Friedensgrube und Hedwig Wunsch-Grube vorgekommenen schweren Beamtenmißhandlungen aufmerksam gemacht und eine strenge Bestrafung der Schuldigen als im Staatsinteresse liegend bezeichnet.

WTB. **Kattowitz**, 8. Mai. Die Pressestelle des Staatskommissariates für Oberschlesien teilt mit: Ueber einen tschechischen Einfall in Oberschlesien kursieren wilde Gerüchte im Grenzbezirk. Der belanglose Vorgang ist folgender: Nachdem in den Kreisen Loebschütz und Ratibor der Grenzschutz auf allgemeines Verlangen zurückgezogen wurde, benutzten die Tschechen sofort die Gelegenheit, mit Truppen in die Grenzdörfer vorzufühlen. Militärischerseits wurde sofort eingeschritten, die Patrouillen wurden zurückgezogen, schwache Angriffe der Tschechen abgewiesen.

Die Furcht vor einem deutschen Bankerott.

Amsterdam, 8. Mai. „Daily Expreß“ meldet, daß in Versailles viele deutsche, englische u. amerikanische Bankiers anwesend sind. Man trage sich mit dem Gedanken, da ein Bankerott Deutschlands ganz Europa in den Abgrund reißen würde, Deutschland als Preis für die Annahme der Bedingungen eine bedeutende internationale Anleihe anzubieten, an der größtenteils Amerika sich beteiligen würde. Sie soll Deutschland in den Stand setzen, den Verpflichtungen des Friedensvertrages nachzukommen. Sie soll Deutschland außerdem hinreichend Kapital belassen, um seine Industrien wieder in Gang zu bringen.

Handwerkskammer Freiburg.

Die 46. Vollversammlung der Handwerkskammer Freiburg, die vollzählig besucht war, fand am 5. Mai im alten Ratssaal in Freiburg statt. Als stellvertr. Staatskommissar wohnte derselben Herr Amtmann Hauser an.

Der Vorsitzende, Gewerberat Alfred Bea, wies in seiner Begrüßungsansprache auf ernste Zeitfragen hin und gab daran anschließend der Hoffnung auf erträgliche Friedensbedingungen Ausdruck.

Der 1. Kammerbeamte, Syndikus H. Eckert, erstattete den Tätigkeitsbericht und gab Aufschluß über die Lage des Handwerks, die Bemühungen der Kammerleitung zum Wiederaufbau des Handwerks, Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und Bekämpfung des Mangels an Rohstoffen, über das neue Leben in den gewerblichen Organisationen und die zur Stärkung der letzteren unternommenen Veranstaltungen. Große Sorgfalt hat die Kammer einer besseren Ausgestaltung der Vergebung öffentlicher Arbeiten zugewendet und sich bemüht, daß von der öffentlichen Ausschreibung handwerksmäßig auszuführender Arbeiten abgesehen werden sollte und die Vergebung derselben durch Vermittlung der Handwerkskammer erfolgen möchte. Zu den Meister- und Gesellenprüfungen macht sich ein starker Zugang bemerkbar, sodaß neue Vorbereitungskurse und außerordentliche Prüfungstermine in Aussicht genommen worden sind. Die Kammer ist für den Abbau der zwangsweisen Regelung des Wirtschaftslebens eingetreten und hat gegen die Absicht einer Sozialisierung der Lebensmittelberufe Stellung genommen. Für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens wird die Mitarbeit der deutschen Handwerkskammern unbedingt für nötig erachtet.

Die Versammlung beschließt die Zahl der Vorstandsmitglieder von 6 auf 7 zu erhöhen und bei der Regierung den Antrag zu stellen, daß die Zahl der direkt zu wählenden Mitglieder von 20 auf 24 erhöht wird.

In den Ausschuß des badischen Handwerkskammertages werden gewählt: als Mitglieder Bea und Elbs-Freiburg, Weiß-Lörrach; als Stellvertreter Friedmann- und Müller-Offenburg, Schmelzer-Lahr. In den Gesellenausschuß des badischen Kammertages werden gewählt: als Vertreter Haufenbaur- und Müller-Freiburg, Welter-Lahr, als Stellvertreter Rudolf Blenfuß und Hornberger-Freiburg.

Präsident Bea berichtete über die der Kammer zufallenden neuen Aufgaben, die vorwiegend auf wirtschaftlichem Gebiete liegen und durch die Wirtschaftsstelle besorgt werden. Hierher gehören die Abgabe von entbehrlichem Heeresgut, wobei sich ungeheure Schwierigkeiten ergeben, die zu fortgesetzten Klagen Anlaß geben. Neben Rohstoffen müßten auch Arbeitsstoffe (Leim, Benzin, Kohlen 2c.) für das Handwerk beschafft werden. Auch wegen Beschaffung von Motoren und Arbeitsmaschinen und Beratung der Handwerker hierüber hat sich die Kammer bemüht. Die Errichtung neuer Kommissionen und Heranziehung von Sachverständigen, die Herausgabe von Schriften, die Neuorganisation des Kammerorgans, ferner die Wiederaufnahme der Vorträge in den gewerblichen Organisationen, die Unterstützung der Beratungsstellen, Errichtung eines Verdingungsamtes 2c. verursachen höhere Kosten, weshalb eine wesentliche Erhöhung der Umlage notwendig ist.

In Verbindung mit einer Sondervorlage, betr. zeitgemäße Teuerungszulagen für die Beamten und Angestellten der Kammer, gelangte unter eingehender Begründung durch den Kammerpräsidenten der vom Gesamtvorstand ausgestellte Haushaltsplan zur Beratung. Es sind namentlich für die Förderung des Handwerks höhere Mittel vorgesehen. Hierwegen und mit Rücksicht auf die bedeutende Preissteigerung hat sich der Aufwand erheblich gesteigert. Die Gesamtausgaben sind auf 103 000 Mark die Einnahmen auf 18 300 Mark berechnet, so daß 84 700 Mark durch Umlage zu decken sind, so daß die Beitragseinheit eine Erhöhung auf 4 Mark erforderlich macht. In längerer Aussprache wurden Wünsche laut in Bezug auf Möbelanfertigung und Materiallieferungen. Verschiedene Kammermitglieder gaben ihrer Mißstimmung gegenüber der Bad. Vertriebsstelle Ausdruck, deren schleppende Geschäftsführung manche Handwerker nicht zum Ziel kommen ließ und deshalb Anlaß zu bitteren Klagen im Handwerk gegeben hat. Hierauf wurde der Haushaltsplan einstimmig angenommen.

Einen günstigen Abschluß weist die Kriegshilfskasse für notleidende Handwerker auf, aus welcher im abgelaufenen Jahr 203 Familien mit 5885 Mark unterstützt worden sind.

Der Hausgrundstock ist auf 12 600 Mark angewachsen. Infolge des zunehmenden Geschäftsumfanges der Kammer waren fortgesetzt weitere Räumlichkeiten erforderlich. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, zu gegebener Zeit und bei günstiger Gelegenheit der Beschaffung eines eigenen Kammergebäudes wieder näher zu treten.

Die Versammlung gibt ihre grundsätzliche Einwilligung zu einer Erhöhung der Gesellenprüfungsgebühren.

Nach einem kurzen Bericht des Präsidenten Bea über die Tätigkeit des Eisenbahnrats wird die Neuwahl vorgenommen, wobei gewählt wurden: als Vertreter Gewerberat A. Niederbühl-Rastatt, als Stellvertreter Präsident Bea-Freiburg.

Unter „Verschiedenes“ wurden noch folgende Gegenstände behandelt: Zeitgemäße Entschädigung der Sachverständigen vor Gericht; Ausnahmen von der Verordnung vom 5. Februar 1919 angeordneten Sonntagsruhe im Handelsgewerbe; wirtschaftliche Interessengemeinschaft bei Vergebung von Staatsbauten zwischen Baden und Württemberg; Einbeziehung von Lehrlingen in Arbeitstarifverträge und Entschädigung der Lehrlinge. Weiter wurde beschlossen, die Anzahl der Geschäftsanteile der Handwerkskammer bei der Wirtschaftsstelle von 16 auf 20 zu erhöhen.

Aus dem Breisgau und Umgebung.

★ **Emmendingen**, 9. Mai. Die „Karlsruher Zeitung“ teilt amtlich mit: Auf Grund zahlreicher Gesuche der Zivilbevölkerung über Rückführung von Leichen Gefallener aus Feindesland hat das Generalkommando des 14. Armeekorps beim Kriegsministerium angefragt, wann mit der Ueberführung von Leichen gerechnet werden kann. — Das Kriegsministerium teilte hierzu mit: Die Ueberführung von Leichen Gefallener aus dem Feindesland in die Heimat ist bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens, bei dem dann weiteres vereinbart werden muß, vorläufig unmöglich.

Stadttheater Freiburg im Breisgau. Nächsten Samstag 3 Uhr nachmittags und in erster Wiederholung den darauffolgenden Sonntag, den 11. d. Monats, ebenfalls 3 Uhr nachmittags geht das reizende Märchenspiel „Peterchens Mondfahrt“ in Szene, Jung und Alt durch die Mannigfaltigkeit seiner Bilder erfreuend. Die auswärtigen Theaterfreunde können nach beiden Vorstellungen gleichen Tags ihr Heim wieder erreichen. Kartenbestellungen können wie immer, schriftlich und telephonisch (Telephon 400) gemacht werden.

)-(**Kenzingen**, 8. Mai. Ergebnis der Schöffengerichtssitzung vom 2. Mai. 1. In der Strafsache gegen den Taglöhner Karl König von Furtwangen, z. Zt. in Haft hier, wegen Bettels, erhielt der Angeklagte eine Haftstrafe von 5 Wochen, zugleich wurde auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt. 2. Die Angeklagten, Friseur August Dickele aus Lyhl, Maurermeister Michael Steinhauser aus Broggingen, Friseur Heinrich Haag aus Herbolzheim und Friseur Richard Karl Spattheiser aus Lahr werden wegen Vergehens nach § 140 Abs. 1 Ziffer 3 des R.-St.-G.-B. (Verletzung der Wehrpflicht) zu Gefängnisstrafen von je 6 Wochen und zu den Kosten verurteilt. Auch wird das in Deutschland befindliche Vermögen mit Beschlag belegt.

⊙ **Waldkirch**, 7. Mai. Der Veteranenverein ist hier einer der stärksten Vereine; er zählt zur Zeit 1231 Mitglieder, wovon 88 der Unterstützungskasse angehören. Nach dem Kassenbericht, erstattet in der Generalversammlung, beträgt das Vermögen 3575 Mark. Die Versammlung beschloß, die während des Krieges eingeführten Einschränkungen bei der Unterstützungskasse aufzuheben.

-:- **Siegelau**, 6. Mai. Es ist hierher die Nachricht eingetroffen, daß wir unsere ehemaligen Glocken, die sich zur Zeit im staatlichen Altertumsmuseum in Karlsruhe befinden, wieder zurückerhalten werden. Damit hätten wir für die abgelieferten Kriegsglocken wieder Ersatz.

(-) **Aus dem Elztale**, 8. Mai. Trotz der Regen- und Schneewitterung der letzten Zeit steht nun bei uns die Baumblüte noch gut; Steinobst, auch Kirschen, blühen zur Zeit noch üppig; die Kernobstblüte ist noch zurück. Zum Wachstum der Futtergewächse wäre nun wärmeres Wetter notwendig, damit der Futter- und der damit verbundenen Milchnot bald abgeholfen werde.

Eingesandt.

Für Mitteilungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

(!) **Malterdingen**, 8. Mai. Dem „Einer für Viele“ aus Malterdingen im Einacland der Nr. 104 dieser Zeitung auch bestl. Kenntnis, daß vom Gemeinderat für die bei der Begrüßungsfeier noch nicht zurückgekehrten Kriegsteilnehmer und für die sich in Gefangenschaft Befindlichen eine nachträgliche besondere Veranstaltung stattfinden soll; selbstverständlich werden auch diese mit dem erwähnten Geldgeschenk bedacht, dieses wurde auch schon verschiedenen auf ihre Anfrage mitgeteilt und dürfte auch zur Kenntnis des Anfragers gekommen sein; von Zurücksetzung kann deshalb keine Rede sein. Sollten die Erstgenannten sich nicht bis zur Rückkehr der sich selber noch in Gefangenschaft Befindlichen gedulden können, so ist es ihnen gestattet, das Geschenk von zehn Mark jederzeit beim Unterzeichneten zu erheben.

Ziebold, Gem.-R.

Druck und Verlag der Druck- u. Verlagsgesellschaft vorm. Dilger in Emmendingen. Geschäftsführer K. Eppig u. Wilh. Jundt.
Verantwortlicher Redakteur: Otto Teichmann, Emmendingen.

Neu eingetroffen

Arbeitsjoppen u. Hosen

aus starkem Drell 2974

bl. Arbeitsanzüge aus Ia Halbleinen

Herrenhosen aus feldgrauem Tuch.

Siegfried Schwarz, Emmendingen.

Möbelverkauf.

Polierte und tannene 2-türige und 1-türige Schränke.
Polierte und tannene Kommoden.
Polierte und tannene Betten, komplett. 2969
Küchenschränke, Tische, Stühle, Hocker, Einzelmatratzen, Papier- und Friedensstoffe.
Eigene Polier-, Beize- und Malerwerkstatt.
Schorpp, Freiburg, Niemensstr. 12 u. 5.

Vor dem Kriege langjähriger Assistent bei Prof. Lickteig in Strassburg habe ich mich in
Freiburg i. Br., Friedrichstr. 2a
2343 als
prakt. Zahnarzt
niedergelassen.
Sprechstunden: 9—12 und 2—5.
Wilhelm Wagner
prakt. Zahnarzt.
Telephonanschluss beantragt.

Empfehle mein grosses Lager in 2685
Damen-, Mädchen-, Kinderhüten
Olga Wendling, Freiburg i. Br.
Damenhutgeschäft Eisenbahnstr. 46.
Auch werden Aenderhüte angenommen.

Darnbacher & Maier
Fernsprecher 2011 :: Freiburg i. Br. :: am Schlachthof
Spezialgeschäft für

Metzgerei-Maschinen
Metzgereigeräte -:- Eiskasten
Kühlanlagen, Ladentheken, Glasaufsätze,
Hackklötze -:- Fleischhackmaschinen
Aufschnittmaschinen, Wagen, Gewichte
Därme — Gewürze
Ankauf v. gebrauchten Metzgereimaschinen, Elektromotoren Transmissionen
Eigene Reparatur-Werkstätte — Schleiferei.

Ein Versuch wird Sie von der Güte der Ware überzeugen.
Prima Reinigungs-Waschmittel
(Gelber Borgrasb)
Salmiakgeist, Seifenpulver etc.
Ia. Parkett-Bohnerwachs
Stahlspäne — Terpentinöl-Ersatz
Fussboden-Stauböl
sämtliche Artikel für Maschinenbetrieb u. Gewerbebetriebe
wie u. a. Maschinenöle, Fette, Putzwolle, Beizen, Farben, Schmirgel, Polituren und Lacke
Klebstoffe - Leim
Chemikalien, Säuren, Teerprodukte, wie Karbolineum erhalten Sie billigst direkt durch 2840
Fa. Hugo Hasencamp
Handelsagentur, Freiburg i. B.
Talstr. 15. Talstr. 15.

Freiwillige vor!

Gediente und ungediente, die Ihr gewiss mit Stolz den Kampf der braven Ostafrikaner verfolgt habt,

Hört den Ruf des Vaterlandes u. der Pflicht

Schart Euch zusammen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Grenzen zu schützen.

Tretet ein bei der Freiwilligen-Division

Lettow

des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps

Annahme zu den bekannten Bedingungen. Für freie Reise nach Berlin wird Sorge getragen.

Schriftliche Meldungen an die Werbezentrale der Division, Charlottenburg b. Berlin, Kaiserdamm 1-12.

von Lettow-Vorbeck,
Generalmajor.
2804

Reisekörbe, Deckelkörbe, Postkörbe
Bürstenwaren aller Art, wie
Weiselbürsten, Maurerpinsel
Putztücher
W. Kahn, Freiburg i. Br.
Schusterstrasse 20. 3046

Rheumatismus,
Gicht, Ischias, Nervenleiden, Magen-, Darmkrankheiten selbst in den schwierigsten Fällen bester Erfolg. Radinm-Behandlung von Flechten, Ausschlägen, offenen Füßen, Hautkrankheiten.
Naturheilkundiger Homöopath Scherdel
Freiburg, Ecke Belfort-Adlerstraße.
Sprechstunden von 12—4 Uhr. 3066

Briefe . . . . . Listen
HEINRICH SCHUMACHER
FREIBURG IM BREISGAU
SCHLOSSBERGSTRASSE 6b — TELEFON 2287
MODERNES VERVIELFÄLTIGUNGS-KONTOR MASCHINENSCHREIBEREI
Schriftsätze . . . . . aller Art!

1 tüchtiger, jüngerer 2939
Arbeiter
findet Dauerstellung bei gutem Lohn
Schuhgeschäft Kammerer Waldkirch, Langestraße 31.

Suche bei hohem Lohn tüchtiges 3059
Mädchen
für Küche und Haushalt zum baldigen Eintritt.
Frau Fritz Graf, Lahr i. B., Marktstr. 31.

Zuverlässiges 2865
Mädchen
für alle Hausarbeit auf sofort oder später gesucht.
Frau Alfred Dahlinger, Feuerwehrstraße 13, Lahr.

Für hiesiges Geschäft ein
Lehrmädchen
gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Breisg. Nachr.

Fräulein
22 Jahre alt, mit flotter, schöner Handschrift, u. allen Büroarbeiten vertraut, sucht Stellung am liebsten in Buchhaltung.
Gefl. Zuschriften unter Nr. 3012 an die Geschäftsstelle d. Breisg. Nachr. erbeten.

Wohnhaus
in Kenzingen, mit Scheuer, Stall, Werkstatt und großem abgeschlossenem Hof, sofort zu verkaufen. 3010
Von wem? sagt der Verlag des Blattes.

Ein fettes Schwein
wächst in kurzer Zeit heran, wo Würstlinds 3065
Mastpulver
verwendet wird. Allein echt
Progerie Würstlin
Ringstr. 8 u. Weberstr. 9, Freiburg.

Vertreter 3057
zum Verkauf v. Maschinen u. Spezialartikel an Handwerker, Landwirte, Ladengeschäfte und dergl. überall g. Prov. gesucht.
Karl Rob. Hartmann, Elberfeld, Postfach.

Landschreiner
können an größeres Möbelgeschäft Möbel aller Art liefern. Off. unt. Nr. 3067 an den Verlag des Bl.

Gesucht werden selbständige
Eisendreher
und tüchtige
Schmiede
welche gut schweißen können.
Sich zu melden bei Firma Otto C. F. Hoffmann, Eisenbahnstr. 7, Emmendingen.

Heimbacher 3.61
Spargeln
heute eingetroffen.
Obsthandlung Ehret.

Saat-Welschkorn
gelbe, ausgesuchte, keimfähige Ware empfiehlt 3053
Aug. Hetzel Emmendingen.

Eine junge trächtige 3055

Nutz- und Zugkuh
ist zu verkaufen in Herbolzheim. Auskunft erteilt
Otto Hufer
Gasthaus „zum Salmen“
Herbolzheim.

Zu verkaufen 2 schöne 3013

Braun-Wallache
6 u. 7 Jahre alt.
Schwarzwälder Hof Emmendingen.

Ein 3068

Erstlings-Mutterschwein
12 Wochen trächtig, hat zu verkaufen
Joh. Georg Hepp, Ottoschwanden, b. d. Sonne.

Ein großträchtiges Erstlings-
Mutterschwein
nahe am Ziel, hat zu verkaufen
Matthias Bührer, am Ecke, Ottoschwanden.

5 Enten
1918er Brut, zu verkaufen,
Georg Süß, Brogingen.

Ia Eisenlack
rostschützend!
ersetzt mit einmaligem Anstrich schwarzen, hochglänzenden und rasch trocknenden Ueberzug von guter Dauerhaftigkeit. Laufend abzugeben bei billigstem Preis. Probekanne mit 5 Kg. Mk. 14.— exkl. Kanne ges. Nachn. 3060
R. Führmann, chem. techn. Prod. Stuttgart 6, Vogelsangstr. 50.

Strobin
z. reinigen d. Strohhüte
Stoff-Farben
in allen Tönen.
Blusen-Farben
Creme-Farbe
für Vorhänge
empfiehlt
Drogerie
W. Reichelt
Emmendingen.

Nähmaschinen
sowie
Reparaturen, Nadeln, Schiffchen
und sämtliche Ersatzteile für Nähmaschinen, bestes Nähmaschinenöl
liefert billigst
Otto Rees,
Freiburg, Gerberau 24.

Gold u. Silber
zu hohem Preis zu kaufen gesucht. 2699
C. A. Steinbrück
Päpstl. Hoflieferant
Werkstätte f. kirchl. Goldschmiedekunst
Freiburg i. Br.
Schiffstrasse 3, Telefon 929.

Gesunden
ein Geldbeutel mit Inhalt. Abzuholen gegen Erstattung der Einrückungsgebühr. 3071
Neubronnstr. 17 II Emmendingen.

Verloren
ein Tiroler 3056
Peitschenstock
Abzugeben an den Hausknecht in der Sonne, Emmendingen.

Hochbauarbeiten für ein neues Dienstwohngebäude am Bahnhof Riegel nach Finanzministerialverordnung vom 8. Januar 1917 öffentlich zu vergeben: Maurer- und Zimmerarbeiten. Zeichnungen und Bedingnisheft auf unserm Hochbaubüro, Wilhelmstr. 19 II, Stock, am 9. und 10. Mai am Bahnhof Riegel zur Einsicht bereit, selbst auch Abgabe der Angebotsvordrucke. Kein Versand nach auswärts. Angebote verschlossen, postfrei mit entsprechender Aufschrift bis 16. Mai ds. Js. vormittags 11 Uhr bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 8 Wochen.
Freiburg, i. Br. 80. April 1919.
2935 **Bahnbauinspektion I.**

Salat, Spinat, Mangold und Sauerkraut
kauft jederzeit und zahlt die höchsten Tagespreise. 3029
Frau Adolf Sauter, Hebelstr. 14, Emmendingen.

Stockfische
gewässert
vorzügliche Sorte, stets zu haben bei
W. Reichelt
Emmendingen.

Gebrauchte Möbel
teilweise zu hohen Preisen gesucht: 3 Betten, 2 Kleiderschränke, Tisch, Stühle, Sofa, Kücheneinrichtung.
Schriftl. Offerten unt. Nr. 3052 an die Geschäftsstelle der Breisg. Nachr.

Achtung Landwirte!
Mit meinem Dengelapparat kann jeder Sensen dengeln, er paßt auf jede Sense. Ein Fehlschlagen ist vollständig ausgeschl. Einmaliger Anschaffungspreis nur 3 Mk. 50 Pfg. Wiederverkäufer ges. Fr. Meyer, Karlsruhe i. B., Körnerstraße 81. 2867

Bettstellen
Liegestühle
fertige
Betten und Matratzen
Rosshaare
Bettfedern
Matratzenstoffe
gute Qualitäten.
Verfertigung im Hause.
Jos. Herzog Nachf.
Münsterplatz 7 u. 9.
Freiburg i. B.

Eingetroffen:
Emaille-Lacke in allen Farben,
Strohhutlacke
Eisenlack
Ofenrohrlack
Lederlack
Gold- u. Silber-Bronze.
Drogerie
W. Reichelt
Emmendingen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres nun in Gott ruhenden Vaters, Bruders, Schwiegersohnes und Schwagers

Christian Friedrich Fuchs

für die zahlreiche Begleitung von nah und fern zu seiner letzten Ruhestätte und für die vielen Kranzspenden sagen wir allen Beteiligten herzlichen Dank. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Schmitt für die trostreiche Leichenpredigt, Herrn Bürgermeister Ehrler für seine Dankesworte namens des Gemeinderats und der Gemeinde, sowie Herrn Kirchengemeinderat Looser als Mitglied desselben, dem Kriegerverein für die zahlreiche Begleitung und seinem Vorstand, Herrn Bertsch, für seinen ehrenden Nachruf, desgleichen Herrn Stadtrechner Weiss als Vorstand des Bezirksvereins der Gemeinderechner, Herrn Oberlehrer Stober namens der Spar- und Darleihkasse Teningen und dem Bad. Bezirksamt Emmendingen für seine entsandte Vertretung.

TENINGEN, den 7. Mai 1919.

3047

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 152. Bezirksratssitzung betr.

Die auf 28. Mai 1919 festgesetzte Bezirksratssitzung wird auf **Mittwoch, den 21. Mai 1919, vormittags 9 Uhr** verlegt. 3049

Emmendingen, den 6. Mai 1919.

Bad. Bezirksamt.

Nr. 153. Betreff: Regelung der Fleischversorgung.

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 6. Februar 1919 geben wir nachstehend die Namen der Unterkäufer, die mit der Aufbringung des Viehes im Amtsbezirk Emmendingen zur Deckung des Bedarfs des Heeres und der Zivilbevölkerung beschäftigt sind, und die ihnen zugeteilten Gemeinden bekannt:

1.	Franz Blum, Wyhl	die Gemeinde Wyhl
2.	Moses Dreifuß, Kenzingen	„ „ Kenzingen
3.	Julius Günzburger, Emmdg.	„ „ Teningen
4.	Sigm. Hofeler, Eichstetten	„ „ Eichstetten
5.	Lehmann Klein, „	„ „ Bahlingen, Endingen, Amoltern
6.	H. Lienemann, Herbolzheim	„ „ Niederhausen, Oberh.
7.	Julius Weil, Emmendingen	„ „ Denzlingen, Emmendingen, Maleck, Wasser Windenreute
8.	Leopold Weil, Emmendingen	„ „ Freiamt
9.	A. S. Weil, Emmendingen	„ „ Bombach, Hecklingen, Malterdingen, Heimbach
10.	Isak Wertheimer, Emmendg.	„ „ Holzhausen, Reute
11.	Benedikt Weil, Emmending.	„ „ Forchheim, Weisweil.
12.	Th. Wertheimer,	„ „ Bleichheim, Broggingen
13.	Gustav Bloch, Eichstetten	„ „ Bötzingen, Nimburg
14.	Alb. Günzburger, Emmendg.	„ „ Köndring., Herbolzheim
15.	Max Günzburger, „	„ „ Nordweil, Tutschfelden, Wagenstadt
16.	Norbert Günzburger, „	„ „ Vörstetten.
17.	Max Goldschmidt	„ „ Mundingen
18.	Simon Rosenbusch, Eichstetten	„ „ Riegel
19.	Arthur Weil, Emmendingen	„ „ Ottoschwanden.
20.	Arthur Weil, „	„ „ Kollmarsreute, Sexau
21.	(Für Kleinvieh) J. G. Bühler, Ottoschwanden	„ „ Ottoschwanden

Emmendingen, den 6. Mai 1919. 3050

Bad. Bezirksamt. — Kommunalverband.

Seifenversorgung der Industriearbeiter betr.

Nach einer Zuschrift der Seifenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft in Berlin vom 1. April 1919 müssen die Listen, in welchen die mit Zusatzwaschmitteln zu versorgenden Betriebe und deren Arbeiteranzahl festgelegt sind, einer genauen Revision unterzogen werden. Wir ersuchen daher um gefl. **umgehende** Einreichung einer neuen Liste, wobei folgende Gruppeneinteilung in Frage kommt:

Gruppe A.: Feuerarbeiter, Kesselpersonal und Arbeiter welche ständig mit der Kohlenbewegung beschäftigt sind oder der Haut reizenden Wirkung von Gift oder Schmierölersatz ausgesetzt sind, erhalten monatlich zusätzlich 100 Gr. K.-A.-Seife. Außerdem erhalten Feuerarbeiter, Kesselpersonal und Arbeiter, welche mit der Kohlenbewegung beschäftigt sind, monatlich eine Zusatzmenge von 500 Gr. K.-A.-Seifenpulver; dieselbe Menge kann nach Prüfung der besonderen Bedürftigkeit auch den Giftarbeitern zugewiesen werden.

Gruppe B.: Alle übrigen Arbeiter, die einer stärkeren Verunreinigung ausgesetzt sind, werden mit fettlosen Waschmitteln versorgt. 3051

Gruppe C (in Gruppe B enthalten): diejenigen Arbeiter, welche den unter A angeführten Klassen nicht angehören, aber doch einer sanitär bedenklichen Verunreinigung ausgesetzt sind, können neben fettlosen Waschmitteln monatlich eine Zusatzmenge von 50 Gr. K.-A.-Seife und 250 Gr. K.-A.-Seifenpulver erhalten.

Emmendingen, den 3. Mai 1919.

Kommunalverband.

Dr. Baur.

Fahrräder mit Gummi! 3064

Fa Scherzinger, Freiburg i. Br. Nussmannstr. 1a.

Bekanntmachung,

(vom 30. April 1919.)

Höchstpreise für Pferdefleisch betr.

I.

Die Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 23. April 1917, Höchstpreise für Pferdefleisch betr. (Staatsanzeiger Nr. 114), wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

II.

Für die Republik Baden gelten nunmehr die mit Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 13. Dezember 1916 über Pferdefleisch (Reichs-Gesetzblatt S. 1357) festgesetzten Höchstpreise. Darnach dürfen die Preise für Pferdefleisch im Kleinhandel bei der Abgabe an den Verbraucher folgende Beträge nicht übersteigen: 3082

für 1 Pfund Lendenbratfleisch, Leber, Frischwurst oder Fett	1.80 Mk.;
für 1 Pfund Muskelfleisch, ausgenommen Lendenbratfleisch, ohne Knochen	1.60 Mk.;
für 1 Pfund Herz und Eingeweide, Kopffleisch und andere geringere Sorten Fleisch, ausgenommen Leber	1.40 Mk.;
für 1 Pfund Knochen	20 Pfg.

Karlsruhe, den 30. April 1919.

Bad. Ministerium des Innern:

Remmele. Schühly.

Bekanntmachung.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß die aufgerufenen Bestellmarken der Lebensmittelkarten (allgemeine Lebensmittelkarten, Zuckerkarten etc.) jeweils **binnen zwei Tagen** bei den Kleinhandelsgeschäften abzugeben sind. Binnen **weiterer zwei Tage** haben die Kleinhandelsgeschäfte die eingekommenen Bestellmarken einzureichen. Kaufleute, welche dieser Verpflichtung nicht nachkommen, haben zu gewärtigen mit Waren nicht mehr beliefert zu werden.

Wir müssen auf Einhaltung dieser Fristen drängen, damit die Versorgungsberechtigten so rasch wie möglich in den Besitz der Lebensmittel gelangen. 3048

Emmendingen, den 6. Mai 1919.

Kommunalverband.

Lebensmittelaufruf.

Auf **Bestellabschnitt 130** der Lebensmittelkarte können die Bezirkseinwohner, soweit sie versorgungsberechtigt sind (gelbe Karten)

250 gr Teigwaren (auf den Kopf)

Verkaufspreis 66 Pfg. das Pfund, beziehen. Bestellabschnitte sind binnen zwei Tagen beim Kleinhändler abzugeben. Binnen weiterer zwei Tage sind die ersteren von den Kleinhändlern an die Ortssammelstelle weiterzuleiten. 3068

Emmendingen, den 7. Mai 1919.

Kommunalverband.

Bekanntmachung.

Fleischversorgung betr.

Wegen ungenügender Viehzufuhr kann diese Woche kein Fleisch abgegeben werden. 314

Emmendingen, den 8. Mai 1919.

Lebensmittelamt Emmendingen.

Würde meinen

Opel

8|20 Viersitzer

Mod. 13, einschliesslich Bereifung, Lederpolsterung, allem Zubehör gegen gut erhaltenen modernen

Zweisitzer 5 bis 6 Steuer P. S.

und entsprechendem Aufschlag vertauschen.

Edwin Welle, Fabrikant, Freiburg i. Br.

Todes-✝-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir hierdurch die schmerzliche Mitteilung, dass es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meine liebe Gattin, unsere treubesorgte Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Lina Scharpf

geb. Schillinger

gestern Nachmittag 3/4 2 Uhr nach kurzer Krankheit im Alter von 31 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten 3072

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Friedrich Scharpf u. Kinder.

Emmendingen, den 9. Mai 1919.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 10. Mai, nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause, Neubronnstrasse 11a, aus statt.

Dies statt besonderer Anzeige.

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt machen wir teilnehmenden Verwandten, Freunden u. Bekannten die traurige Mitteilung, dass unsere innigstgeliebte und unvergessliche Tochter und Schwester 3054

Ida

nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 14 Jahren heute früh 4 Uhr sanft im Herrn entschlafen ist.

Köndringen, den 8. Mai 1919.

In tiefem Schmerz:

Familie August Förschler.

Die Beerdigung findet Samstag, den 10. Mai, nachmittags 1 Uhr statt.

Wirtschafts-Verkauf.

Heinrich Siegel Eheleute in Wolfenweiler lassen am **Montag, den 12. Mai ds. Js., vormittags 1/2 11 Uhr** durch das **Grundbuchamt** daselbst das Anwesen

„Gasthaus zur Post“

mit 13 ar 19 qm Hofraite und Hausgarten öffentlich versteigern.

Das Anwesen eignet sich auch für andere Betriebe, da bereits noch neu, geräumig und unmittelbar an der Station Schallstadt gelegen. Die Bedingungen können jederzeit beim Grundbuchamt Wolfenweiler eingesehen werden. 3034

Erklärung!

Vielen Anfragen, ob beim Ankauf von Alt-Gold, Alt-Silber, Edelsteinen, Brillanten und sonstigen Schmuckstücken höchste Tageskurse bestehen, zur Mitteilung, dass beim Ankauf obiger Gegenstände ein Tageskurs überhaupt nicht besteht. Die Preise werden im allgemeinen von dem Geschäftsinhaber festgesetzt und solche sind zur Zeit sehr hoch.

Hochachtungsvoll 2684

Friedrich Wagner,

Rempartstr. 11, III. Stock.

Altes bekanntes Geschäft in Freiburg. Ankauf obiger Gegenstände geg. sof. sehr hohe bare Bezahlung

Breisgauer Nachrichten

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 3.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.— den Monat.

Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 8 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 108 (Evang.: Cordian) **Emmendingen, Samstag, 10. Mai 1919.** (Kath.: Antonius.) **54. Jahrgang**

Erstes Blatt.

An das badische Volk!

WTB. Karlsruhe, 9. Mai. Das badische Ministerium **erläßt folgende Erklärung an das badische Volk:**

Die Bedingungen, unter welchen die verbündeten Feinde dem deutschen Volk den Frieden anbieten, sind nunmehr bekanntgegeben. Die schlimmsten Befürchtungen sind dadurch übertroffen worden. Keinem Volk der Erde hat je eine Vergewaltigung gedroht, wie sie die Friedensbedingungen darstellen.

Nichts darf unversucht gelassen werden, eine Milderung der harten Bedingungen zu erreichen. Noch aber ist nicht abzusehen, ob es gelingen wird, dem harten Sinn der Feinde Zugeständnisse abzuringen. Wir geben aber die Hoffnung nicht auf, daß Vernunft und Menschlichkeit bei den Gegnern noch zum Durchbruch kommen.

Das deutsche Volk wird sich in dieser Schicksalsstunde entschlossen hinter die Reichsregierung stellen. Das Staatsministerium hat das Vertrauen, daß auch das Volk Badens die Würde bewahren wird, mit der die Entscheidung in dieser Lebensfrage der Nation getroffen werden muß. Wenn es nicht gelingen sollte, den Friedensbedingungen eine Gestalt zu geben, die dem Deutschen Volke das Weiterleben als Volk möglich macht, dann werden wir vor die ernste Frage gestellt werden, ob wir uns den Feinden beugen müssen oder ob nicht einstimmig dieser Friedensschluß zurückzuweisen ist.

Die weitere Besetzung von Kehl durch die Franzosen ist uns Badenern unerträglich. Dem wirtschaftlichen Leben unseres Landes würde dadurch ein tödlicher Stoß versetzt. Wir erheben einstimmig Widerspruch gegen diesen Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Das badische Volk rufen wir auf, durch Ernst und Würde zu zeigen, daß es sich der Schwere der Stunde bewußt ist und der Reichsregierung das Vertrauen zu bewahren, daß sie dem Deutschen Volke nur die Entscheidung vorschlagen wird, die sie vor der Geschichte wird verantworten können.

Karlsruhe, den 9. Mai 1919.

Das badische Staatsministerium.

gez. Geiß, Ministerpräsident.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. Berlin, 9. Mai. Die nächste Vollsitzung der Verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung findet am Montag, den 12. Mai, nachmittags 3 Uhr in der Aula der Universität Kaiser Franz-Josefsplatz statt.

Berlin, 9. Mai. (Privattelegramm.) Die Reichsregierung ist heute erneut zu Besprechungen der Friedensfrage zusammengetreten. In dieser Kabinettsitzung soll auch die Note an die feindlichen Regierungen beschlossen werden, worin unsere Reichsregierung mitteilt, daß sie zu Verhandlungen bereit sei und entsprechende Vorschläge innerhalb der vorgesehenen Frist machen werde. Es sind über den Inhalt und die Form der Note bereits Vereinbarungen zwischen unserer Delegation in Versailles und Berlin getroffen worden. Wahrscheinlich werden einzelne Mitglieder der Delegation nach Berlin berufen werden, um in mündlichen Besprechungen mit den übrigen Mitgliedern des Kabinetts die Gegenvorschläge festzustellen.

Berlin, 9. Mai. (Privattelegramm.) Ministerpräsident Scheidemann wird die Sitzung der Deutschen Nationalversammlung am Montag mit einer Rede eröffnen. Sämtliche Fraktionen werden dann ihre Stellungnahme zu den uns vorgeschlagenen Friedensbedingungen präzisieren. Bis dahin wird der Wortlaut des Friedenstextes vorliegen. Der Kurier, der das Vertragswerk überbringt, wird heute in Berlin erwartet. Die Fraktionen kommen täglich zu Besprechungen zusammen. Zu Samstag vormittag sind von allen Fraktionen Sitzungen anberaumt worden, in denen die endgültigen Beschlüsse für Montag gefaßt werden sollen.

Berlin, 10. Mai. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Seit Bekanntwerden der feindlichen Friedensbedingungen gehen beim Reichspräsidenten und beim Reichsministerpräsidenten zahllose Telegramme aus allen Teilen Deutschlands ein, die die entschiedensten Proteste gegen die uns zugemuteten Vergewaltigungen enthalten. Alle bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Reichsregierung keinen Frieden annehmen werde, der den nun vorliegenden Bedingungen irgendwie entspräche. Der Reichspräsident und die Reichsregierung sind außerstande, auch nur einen Teil dieser Kundgebungen zu beantworten. Keine wird ungehört verhallen. Der Reichsregierung sind sie eine willkommene Stärkung für ihre mit aller Kraft geförderten Bemühungen, vom Gewaltfrieden zum Verhandlungsfrieden zu gelangen.

Berlin, 10. Mai. (Privattelegramm.) Wie dem Lokalanzeiger aus **Graudenz** gemeldet wird, kam es gestern abend zu schweren Zusammenstößen zwischen ostpreußischen Grenzschutztruppen und Matrosen, wobei die Matrosen durch Werfen von Handgranaten einen Leutnant und einen Grenadier töteten und elf Personen schwer verletzten.

Berlin, 10. Mai. (Privattelegramm.) In Beuthen versuchte gestern nach einer Meldung des Lokalanzeigers eine Anzahl Leute, die Verkaufsstände zu plündern. Polizei und Militär gaben Schreckschüsse ab. Die Ruhe wurde wieder hergestellt.

WTB. **Berlin,** 9. Mai. In Stendal hat sich gestern der Pöbel des Proviantamts bemächtigt und die dortige Wache des Husarenregiments Nr. 12 verjagt. Das Landesschützenkorps hat daraufhin sofort zwei Kompagnien, eine Maschinengewehrabteilung und eine Eisenbahnkompagnie nach Stendal entsandt, die vorläufig dort verbleiben, bis die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt sind.

Nach einer weiteren Meldung wurden bei den Zusammenstößen zwischen der Menge und den Regierungstruppen zwei Personen getötet und neun schwer verletzt.

WTB. **Hamburg,** 9. Mai. Um die Liegeplätze der englischen Kriegsschiffe haben die Engländer am Donnerstag, an dem die Friedensbedingungen bekannt wurden, ihre Sicherheitsvorkehrungen wesentlich vermehrt, z. B. schon am frühen Morgen Maschinengewehre aufgestellt.

Die Stellungnahme der Landesregierungen zu den Friedensbedingungen.

WTB. **Berlin,** 8. Mai. In der heutigen Sitzung der preußischen Landesversammlung, die auf 12 Uhr festgesetzt war, sich aber bis 1/2 2 Uhr nachmittags verzögerte, wurde der Etat nach einem gemeinsamen Antrag aller Parteien zum großen Teil an den Haushaltausschuß verwiesen. — Darauf erklärte Ministerpräsident Hirsch, daß die Friedensbedingungen zu der am 11. April gefaßten Entschließung der Landesversammlung in schärfstem Widerspruch stehen. Von einem Verständigungsfrieden sei in den Bedingungen keine Spur, es sei ein reiner Machtfrieden. Jetzt heiße es **vor allen Dingen, kaltes Blut zu bewahren.** Entschlossen müsse sich jetzt das Volk hinter die Reichs- und Staatsregierung stellen. Der trübste Tag der deutschen Geschichte müsse ein starkes Geschlecht finden. — Vizepräsident Dr. Brendel erklärte anschließend im Auftrag einer großen Zahl von Abgeordneten, daß sie gegen das vom Machthunger der Entente geführte Vorgehen ebenso schärfsten Einspruch erheben, wie gegen die Bedingungen, die gegen Treu und Glauben verstoßen. — Nachdem noch Adolf Hoffmann (U. S.) erklärt hatte, daß seine Partei die Bedingungen auf das Schärfste verurteilen, und einen Appell an die Proletarier aller Länder gerichtet hatte, die den Gewaltfrieden der Entente durch die Weltrevolution zu nichte machen würden, schlug Vizepräsident Dr. Brendel den Abbruch der Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vor.

WTB. **Oldenburg,** 9. Mai. Die Verfassunggebende Landesversammlung nahm heute einstimmig folgende von der Regierung eingebrachte Erklärung zu den Friedensbedingungen an: Regierung und Verfassunggebende Landesversammlung des Reichstages Oldenburg sind erschüttert und empört über die Friedensbedingungen, die ein rachsüchtiger Feind uns auferlegen will und die Deutschlands Knechtung und dauernde Ohnmacht ergeben. Wir erheben auf das Schärfste Einspruch gegen den angebotenen Vernichtungsfrieden.

WTB. **Bremen,** 9. Mai. Bei Beginn der heutigen Sitzung der Bremischen Nationalversammlung hielt ihr Präsident Richard Dunkel eine Ansprache, die stehend angehört wurde. Dunkel sagte u. a.: Am Mittwoch nun sind unseren deutschen Abgesandten in Versailles Friedensbedingungen vorgelegt worden, welche die schlimmsten Erwartungen übertreffen. Es gibt wohl keinen Deutschen, der nicht mit Empörung die von Wut und Haß diktierten Bedingungen gelesen hat. Nur als ein einig Volk können wir jetzt unseren Feinden zeigen, daß ein 65 Millionen-Volk sich nicht zu Sklaven machen läßt.

WTB. **Hamburg,** 9. Mai. Zu einer feierlichen Kundgebung gegen die feindlichen Friedensbedingungen gestaltete sich die heutige gemeinsame Sitzung von Bürgerschaft und Senat. Der Präsident der Bürgerschaft erhob in einer kurzen Ansprache Widerspruch gegen diese vernichtenden Bedingungen und rief das Gewissen der Völker um einen Frieden der Gerechtigkeit an. Der Präsident des Senats, Bürgermeister **Dr. Melle,** brandmarkte das Vorgehen der Alliierten mit schärfsten Worten. Das Haus unterbrach zum Zeichen der Zustimmung die Sitzung.

WTB. **Darmstadt,** 9. Mai. Zu Beginn der heutigen Sitzung der hessischen Volkskammer gab Präsident Adelung eine Erklärung bezüglich des Friedensvertrages ab. Er wies darauf hin, daß bei allen Parteien ohne Ausnahme große Entrüstung herrsche und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit nicht ungehört verhallen würde. Ministerpräsident **Ulrich** erklärte, er wolle feststellen, daß die Regierung mit dem Volke und mit den Vertretern des Volkes durchaus auf einer Linie stehe. Sie sei entschlossen, alles zu tun, was im Interesse des Landes liege, um eine derartige Sklaverei von Deutschen Volke fernzuhalten. An alle Regierungen sei der Ruf ergangen, nach Berlin zu kommen und Stellung zu nehmen zu diesem Friedensvertrag, der Deutschland aufgezwungen werden solle.

Eine angebliche Aeußerung Wilsons zu den Friedensbedingungen.

Berlin, 10. Mai. Bei der Tagung der brandenburgischen Provinzialsynode machte laut Lokalanzeiger Dr. Speckers die nachstehende interessante Mitteilung: Wilson hat einem holländischen Missionar gesagt: Sie finden die Bedingungen vernichtend für Deutschland. Nun, die Deutschen sagen zu allem Ja. Warum sagen sie nicht Nein? Ich warte ja nur darauf, ihnen zu helfen.

Das Urteil des Auslands über die Friedensbedingungen.

WTB. **Amsterdam,** 9. Mai. Das Blatt der holländischen Arbeiterpartei „Het Volk“ schreibt in einem Leitartikel zu den Friedensbedingungen: Das Gefühl, daß die Friedensbedingungen bei jedem, der nicht von Haß gegen die Besiegten und von Völkerhunger erfüllt ist, auslösen, ist tief niedergeschlagen. Die Friedensbedingungen, die die Alliierten Deutschland auferlegen wollen, finden keine Grundlage, auf der das alte Europa seine Kultur wieder aufbauen kann. Damit ist das Urteil über die Herren Wilson, Lloyd George, Clemenceau und wie die Götter der Bourgoise sonst noch heißen, ausgesprochen.

WTB. **Kopenhagen,** 9. Mai. Die dänische Regierungspresse veröffentlicht anläßlich der Entscheidung der Friedenskonferenz einen anscheinend inspirierten Artikel, in dem es heißt: Die Entscheidung der Friedenskonferenz bezüglich der Abstimmung in Schleswig hat hier großes Erstaunen hervorgerufen. Die Bestimmung, daß auch in der sogenannten dritten Zone, also auch im rein deutschen Gebiet, eine Abstimmung abgehalten werden soll, steht im Gegensatz zu dem klar dargelegten Standpunkt des dänischen Reichstages, der dänischen Regierung und des nordschleswigschen Wählervereins. Der Beschluß der Friedenskonferenz muß auf unterirdische Einflüsse seitens weniger Chauvinisten zurückgeführt werden. Er ist die Fälschung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und ein Bruch der Wilsonschen Idee. Es kann erwartet werden, daß die Regierung und der Reichstag Dänemarks nachdrücklichst hiergegen protestieren werden.

Auch die Kopenhagener „Nationaltidende“ spricht von einem überwältigenden Eindruck, den die über jedes Erwarten harten Friedensbedingungen gemacht haben, und sagt, daß das ganze umfangreiche Schriftstück nur ein Zugeständnis an die Deutschen enthält: die Freigabe der Kriegsgefangenen.

WTB. **Christiania,** 9. Mai. Die von sämtlichen Morgenblättern im Reuterauszuge veröffentlichten Friedensbedingungen werden von der gesamten Presse als außerordentlich hart, teilweise als über jedes Erwarten schwer bezeichnet. Nur der Leitartikel des „Aftonposten“ ist auf den Ton gerechter Strafe für die Schuldigen gestimmt.

Die Friedensverhandlungen in Versailles

WTB. **Versailles,** 9. Mai. Gestern abend fand unter dem Vorsitz des Reichsministers Grafen v. Brockdorff-Rantzau eine Sitzung der gesamten Friedensdelegation einschließlich der Kommissare und Sachverständigen statt. Die Sitzung dauerte von 9 Uhr bis mitternacht. Eine große Anzahl Redner äußerte sich zu den einzelnen Abschnitten des Entwurfs und zur Formulierung der Fragen, Bewirkungen und Gegenvorschlägen, zu denen der Entwurf Anlaß gibt. Es wurden fünf Arbeitskommissionen gebildet, eine politische, eine wirtschaftliche, eine Finanz-, eine Sozial- und eine rechtspolitische Kommission. Die Auffassung geht übereinstimmend dahin, daß der Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht annehmbar ist.

WTB. **Versailles,** 9. Mai. Aus den in Artikel 197 des Friedensvertrages ausgesprochenen Beschränkungen der drahtlosen Telegraphie ist hervorzuheben, daß sie sich nur auf Stationen mit großer Reichweite — Nauen, Hannover, Berlin — erstrecken. Für diese Stationen, die, wie bereits gemeldet, nur Handelstelegramme vermitteln werden, werden die verbündeten Regierungen die Wellenlänge festsetzen. Auch das Verbot für die Errichtung neuer Stationen erstreckt sich nur auf solche mit großer Reichweite.

Aus der Waffenstillstandskommission.

WTB. **Berlin,** 9. Mai. **Der deutschen Waffenstillstandskommission erklärte General Nudant im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen, daß jeder Verkauf von deutschen Flugzeugen an das Ausland verboten sei und verlangt sofortige Maßnahmen der deutschen Regierung zur Einstellung dieses verbotenen Handels.**

Sonstige Meldungen.

WTB. **Berlin,** 8. Mai. Die „B. Z. a. M.“ meldet: Vor dem Kriegsgericht des Gardekavallerie-Schützenkorps begann heute